

**Dr. Brigitte Mohn**

**Pressegespräch „Vorstellung des Jahresberichtes 2013“**

**Dienstag, 29. April 2014 um 11.00 Uhr**

**Bertelsmann Stiftung, Raum K 1**

---

***– es gilt das gesprochene Wort –***

Ich möchte gerne weiterleiten auf zwei Kernbereiche, die mir und den von mir verantworteten Programmen sehr wichtig sind. Ich meine zum einen den demographischen Wandel und seine spannenden Herausforderungen, zum anderen den Oberbegriff „gemeinsam Handeln“ – denn ich glaube, die Herausforderungen der Zukunft sind zu groß und zu komplex, als dass Einzelne sie bewältigen könnten.

Wir werden „weniger, älter, bunter“ – mit diesen drei bekannten Schlagworten wird demographische Entwicklung anschaulich beschrieben. 2030 wird jeder Zweite in Deutschland älter als 49 Jahre sein, in den ostdeutschen Bundesländern sogar älter als 54 Jahre. Am stärksten wächst die Zahl der Hochbetagten über 80. Diese Gruppe mit erhöhtem Pflegebedarf wird bis 2030 um fast 60 Prozent gewachsen sein.

Die Auswirkungen der demographischen Veränderungen treffen insbesondere die Kommunen. Die Bevölkerung wird nach unseren Vorausberechnungen bis zum Jahr 2030 um 3,7 Prozent abnehmen – das sind drei Millionen Menschen, oder Hamburg und München zusammen. Dieser Rückgang verteilt sich regional sehr unterschiedlich in den Kreisen, Städten und Gemeinden ([www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de)). Ab Mai umfasst das Portal auch die jährliche Aktualisierung mit mehr als 250 sozioökonomischen Daten zu Bildung, Sozialem, Wirtschaft und Arbeit, Wohnen und Integration. Für die Kommunen ist es wichtig, dass sie demographische Entwicklungen beziffern können.

Das gilt umso mehr, als dass sich durch die Ergebnisse des Zensus 2011 die Datengrundlagen für die Kommunen verändert haben und ab Ende des Jahres stehen aktuelle demo-

graphische Daten für alle Kommunen in Deutschland mit mehr als 5.000 Einwohnern zur Verfügung – für zehn Altersgruppen bis zum Jahr 2030.

Auf kommunaler Ebene können zahlreiche Stellschrauben gedreht werden, um den demographischen Wandel zu gestalten. Hier werden die Menschen direkt eingebunden, hier können sie sich engagieren, hier spüren sie unmittelbar die Auswirkungen guter Ideen und Projekte. Unser Programm „LebensWerte Kommune“ leistet dazu konkrete Beiträge.

Unsere Daten-App „Wegweiser Demographischer Wandel“ haben wir im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2013 auf der „MS Wissenschaft“ ausgestellt. 300 Schulklassen und 70.000 Besucher hatten Gelegenheit, unsere App und das große Datenangebot kennenzulernen.

Auch international bringen wir uns zum Thema Demographie ein. In Kooperation mit der OECD und der TU Dortmund haben wir die Abschlussveranstaltung des europäischen Projekts „Cities regrowing smaller“ ausgerichtet, in dem sich Wissenschaftler über mehrere Jahre mit den Auswirkungen der Schrumpfung beschäftigt haben. Dort wurde erstmalig auch eine von uns konzipierte Wanderausstellung zu den Projektergebnissen gezeigt. 13 Prozent der großen US-amerikanischen und 54 Prozent der europäischen Agglomerationsräume haben in den letzten Jahren signifikant an Einwohnern verloren. Die Ausstellung zeigt vielfältige Strategien, mit denen die Städte diesseits und jenseits des Atlantiks dieser Entwicklung begegnen.

Wir müssen und werden das Thema Alterung und Pflege vertiefen. In einer Studie arbeiten wir derzeit heraus, welche spezifischen Gestaltungsmöglichkeiten die Kommunen haben, um bedürfnisorientierte (auch häusliche) Pflegestrukturen zu stärken. Selbst unter Annahme der optimistischsten Szenarien klafft nach unserer aktuellen Pflegeprognose bis zum Jahr 2030 zwischen Personalbedarf und Personalangebot eine Lücke von rund 237.000 Pflegefachkräften.

Auch in der Kinder- und Jugendpolitik oder bei der Integration von jungen Menschen mit unterbrochenen Bildungsbiographien fehlt es vielerorts noch an wirklich wirksamen – und systematisch angewendeten Lösungsansätzen. Im Ruhrgebiet wächst beispielsweise jedes vierte Kind in Armut auf.

Die Kinderarmutsquote (SGB-II-Quote) der unter 3-Jährigen ist mit 27,9 Prozent (33.136 von 118.643 Kindern unter drei Jahren im Ruhrgebiet!) fast doppelt so groß wie die SGB-II-Quote insgesamt (Groos 2014).

Auch die finanziellen Aufwendungen für die Durchführung von Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27-40 SGB VIII steigen seit Jahren dramatisch an. So ist im Zeitraum 2008-2011 für NRW ein Plus von 30 Prozent bei den finanziellen Aufwendungen für HzE und von 25 Prozent bei den Fallzahlen zu verzeichnen.

Wichtig ist: Um die Aufgaben der Zukunft bewältigen zu können, brauchen wir neue, innovative Lösungsansätze. Wir müssen jetzt anfangen, sie zu erproben und nicht erst in zehn oder 20 Jahren. Ich betone die Rolle und das Potenzial der Zivilgesellschaft hier ganz explizit, denn sowohl im Zusammenleben der Generationen, als auch in der Unterstützung junger oder benachteiligter Menschen ist die Zivilgesellschaft von großer Bedeutung.

Angesichts der komplexen Herausforderungen die auf unsere Gesellschaft zukommen, halten wir es für hochbedeutend, dass auf kommunaler Ebene die staatlichen und die zivilgesellschaftlichen Akteure noch mehr und noch systematischer als bisher zusammenarbeiten. Dabei geht es nicht darum, gemeinnützige Lückenbüßer für leere Staatskassen zu finden: Es geht um Innovationen, Gemeinsinn und Wertevermittlung und natürlich um gelebte Demokratie.

Durch das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ gibt es erstmals seit 15 Jahren wieder eine aktuelle Datenbasis mit allen relevanten Informationen zu Größe, Struktur und Funktion der Zivilgesellschaft in Deutschland. Es gibt in Deutschland mehr als 600.000 Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs. 80 Prozent arbeiten ausschließlich mit freiwillig Engagierten. 23 Millionen Ehrenamtliche leisten pro Jahr 4,4 Milliarden Stunden für das Gemeinwohl – bei angenommenen 8,50 Euro Stundenlohn müsste man diese Arbeit mit 37 Mrd. Euro bewerten. Jeder dritte Freiwillige engagiert sich für Kinder und Jugendliche. Das wären so gesehen mehr als zwölf Milliarden Euro „ehrenamtliche Arbeitsleistung“.

Das zweite Beispiel zum Thema Demographischer Wandel: Es gibt in Deutschland 15.800 Pflege-Einrichtungen – in 84 Prozent dieser Einrichtungen sind Freiwillige tätig. 6.000 junge Menschen machen ein freiwilliges soziales Jahr, 80.000 freiwillige Helfer sind in der Palliativ-Pflege tätig und 1,6 Millionen Pflegebedürftige werden in ihren Familien versorgt.

Rund 80 Prozent des ehrenamtlichen Engagements findet im direkten Umfeld der Menschen statt, in ihren Städten und Gemeinden.

Es gibt zu diesem „gemeinsamen Wirken“ in Deutschland schon einige Beispiele: Nennen will ich nur den Bildungsfonds in Lübeck, der im Verbund mehrerer Stiftungen gegen Kinder- und Bildungsarmut ankämpft oder den Pakt für Pirmasens, der in einem Netzwerk von Haupt- und Ehrenamtlichen die Bildungschancen von Kindern verbessern will. Allerdings sind dies meist vereinzelte Initiativen, die noch nicht wirklich zum Gesamtsystem geworden sind. Sowohl in der Kommunalpolitik als auch in der Zivilgesellschaft in Deutschland ist diese Zusammenarbeit noch nicht optimiert. Wir wissen aus dem Ausland, dass es noch besser geht.

Die Optimierung und das bessere gemeinsame Handeln wollen wir als Bertelsmann Stiftung fördern – mit Projekten wie „Lernen vor Ort“ oder dem „Kommunalkongress“. Damit haben wir im vergangenen Jahr ein neues Kapitel begonnen. Beim Kommunalkongress treffen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft aufeinander und diskutieren Chancen und Herausforderungen der Zusammenarbeit. Die äußerst positive Resonanz hat uns darin bestärkt, weiter daran zu arbeiten aber auch Fakten zu schaffen. So haben wir gerade eine explorative Studie in Auftrag gegeben, wie dieses „gemeinsam Wirken“ in Deutschland funktionieren kann. Die Auswertung und Umsetzung der Ergebnisse wird ein Schwerpunkt der kommenden Jahre.